

# mitte drin

Ausgabe 03 / 2015 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Menschenrecht

*Gedanken zum Internationalen Frauentag*

**A**uch wenn sich Frauen in allen Teilen der Welt seit den denkwürdigen Tagen im August 1910, als die jährliche Durchführung eines Frauentages als einheitliche internationale Aktion der Frauen beschlossen wurde, viele Rechte erkämpft haben, bleibt der Internationale Frauentag ein Tag, an dem Frauen eindringlich gleiche Rechte in der Gesellschaft einfordern. Und das ist notwendiger denn je.

Auch in Deutschland ist es für Frauen nicht leichter geworden, sondern eher das Gegenteil ist der Fall. Obwohl über die Hälfte der Bevölkerung dieses Landes weiblich ist, kann von der Hälfte der Macht, des Einflusses und der wirtschaftlichen Kraft für Frauen noch lange nicht die Rede sein. Trotz formal garantierter Gleichberechtigung ist die Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor nicht Realität. Arbeitslosigkeit ist heute Massenarbeitslosigkeit und vor allem weiblich. Teilzeitarbeit ist vor allem Frauensache. Die Beschäftigungsrate von

Frauen liegt offiziell bei 72,7% - in Vollzeitäquivalente umgerechnet sind es jedoch nur 55,2%. Das geschlechterspezifische Lohngefälle beträgt über 20%, das Rentengefälle liegt bei 44%. Das Armutsrisiko von Frauen, insbesondere von Alleinerziehenden und älteren Frauen, ist in den letzten Jahren auf 21,1% gestiegen. Bei politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungspositionen sind in der überwiegenden Mehrzahl männliche Führungskräfte zu finden. Gewalt gegen Frauen nimmt immer mehr zu: jede dritte Frau hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren.

Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Menschenrecht und demzufolge ein legales



Treffpunkt Sonntag, 8. März, 13.00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz

und moralisches Gebot. Wirtschaftswachstum, Demokratie und nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft sind ohne Gleichstellung undenkbar.

Wahre Gleichbehandlung der Geschlechter macht es zwingend notwendig, die grundlegenden Ursachen der sozialen, politischen

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Faule Kompromisse – Arbeitsstil der Senats-Koalition?

Einen Senatsbeschluss mit unbedachten Folgekosten untersucht Carola Bluhm, MdA der LINKEN. Sie zeigt, wie eine an sich vernünftige Reform in Familien, Kitas, Schulen und nicht zuletzt in den Ämtern chaotische Folgen hat, weil sie überstürzt daherkommt.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

### Die Berliner sollen die Olympischen Spiele wollen!

André Ullmann aber will nicht wollen. Er schaut auf die Stadt, sieht die Baustellen und ihre Sorgen, prüft die Argumente der Olympia-Fürsprecher, erinnert an die 13 Milliarden Pfund Schulden Londons nach den Spielen von 2012, und meint: Lieber nicht!

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

### Pflicht der Historiker, die Wahrheit zu verteidigen

Antirussische Bestrebungen zielen gegenwärtig darauf, die Befreiung Deutschlands vor siebzig Jahren zu diskreditieren, Zwietracht zu säen zwischen Russen und Deutschen. Wie Dr. Sonja Striegnitz gegen das Vergessenmachen kämpft, erfuhren Matthias Herold.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

**HERAUS ZUM 8. MÄRZ 2015!**

**13:00 UHR, BERLIN**

**Rosa Luxemburg Platz**

**Feministische Kämpfe verbinden!**



# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

# Klare Antworten

**Es war diesmal keine jener besonders spektakulären Tagungen, wo es hoch her geht und hitzige Debatten geführt werden. Inhaltsleer war sie deswegen aber auch nicht. Mehr ein Potpourri an Themen, querbeet sozusagen. Und dazwischen immer mal wieder die Suche nach klaren Antworten.**

Gleich zu Beginn etwa wollte ein Anwohner der Karl-Marx-Allee im Rahmen der Bürgerfragestunde wissen, welche städtebaulichen Absichten der Bezirk im vorderen Bereich der (einstigen?) Prachtallee verfolgt. Dabei lag ihm der Erhalt des Status quo insbesondere in Bezug auf den Mittelstreifen mit seinen Parkplätzen sehr am Herzen. Würde dieser begrünt, müsste ein beträchtlicher Teil dieser Plätze entfallen. Noch ist nichts entschieden. Auch die Körperwelten-Ausstellung am Fuße des Fernsehturms wurde thematisiert. Der Bezirk hatte mit Verweis auf das Bestattungsgesetz Klage erhoben und war in erster Instanz unterlegen. Berufung ist eingelegt. Also auch hier noch alles offen. Die CDU machte sich dann noch Gedanken um die Inhalte des Islamunterrichts an Mittles Schulen – nicht ganz unberechtigt vielleicht. Der politischen Zuständigkeiten halber aber kein so richtiges Bezirksthema und so, man ahnt es schon, auch hier erst mal keine klaren Antworten. Aber so ist das eben – nicht immer gibt es sie oder zumindest nicht immer sofort.

Um dieser verdrießlichen Erfahrung wirksam zu begegnen, forderten dann schließlich SPD und Piraten in einem gemeinsamen Antrag eben das Eine, wonach sich alle sehnen – von jetzt ab klare Antworten! Sie bezogen sich dabei allerdings auf ein spezifisches politisches Instrument, die sogenannte Kleine Anfrage. Wer als Bezirksverordneter eine Kleine Anfrage stellt, verpflichtet das Bezirksamt – soll heißen, den zuständigen Sachbearbeiter – auf eine gründliche Recherche und eine schriftliche Antwort binnen einer bestimmten Frist. Das ist natürlich ein legitimes Mittel der politischen Arbeit, trägt es doch zur Erhöhung der gerade in kniffligen Fragen nötigen Sachkenntnis bei. Werden allerdings besonders viele solcher Anfragen gestellt, besteht die Gefahr, dass andere Arbeiten in den Fachämtern liegenbleiben bzw. erst verzögert betrieben werden können. Aus diesem Grund hat die BVV bereits vor geraumer Zeit festgelegt, dass auf den schriftlichen Antworten stets die Kosten der Bearbeitungszeit ausgewiesen werden müssen. Diese Kosten bestehen dabei nur nominell, entscheidend

ist eigentlich der Zeitfaktor.

Dennoch muss es die SPD schon sehr gewurmt haben, denn bereits im Januar scheiterte sie in dem Versuch, die Ausweisung der Kosten ganz zu streichen, da die Piraten nicht mitmachten. Jetzt wurde ein zweiter Anlauf unternommen und man hat gelernt: Die Ausweisung der Kosten soll bleiben, aber es soll in jeder Beantwortung noch mal aufgeschrieben werden, dass es sich eben nicht um tatsächliche zusätzliche Kosten handelt. Klare Antworten also! Oder? Nun ja, die Sache wurde vorerst lieber doch noch mal in den Ausschuss verschoben ...

Falko Loeff



## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

**Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

**Jeden 4. Mittwoch im Monat**

von 14 bis 16 Uhr

**kostenlose Mieterberatung** im **Karl-Liebnecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

Die Linke – Fraktion in der BVV

## Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

[kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de](mailto:kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de)

## Ergebnisse der BVV

### ► **Anfragen:**

Welche Anträge hat das Bezirksamt für das Bundesprogramm „Demokratie leben“, das dem Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenzen stärken“ folgt, gestellt, und wer hat über die Schwerpunktsetzung in den Anträgen entschieden? Wie bewertet das Bezirksamt das neue Bundesprogramm „Demokratie leben“ im Hinblick auf Kontinuität und Veränderung im Vergleich zum Vorgängerprogramm? Was wird in Mitte im Sinne von Nachhaltigkeit in welchem Umfang fortgesetzt, was entfällt und wo setzt das Bezirksamt neue Schwerpunkte? Wie wird die langjährige erfolgreiche Arbeit im Kontext der drei bezirklichen lokalen Aktionspläne fortgesetzt werden? Wer ist im Bezirksamt Mitte für das neue Bundesprogramm „Demokratie leben“ verantwortlich und wie gewährleistet das Bezirksamt regelmäßige Beteiligung und Information der BVV und der Öffentlichkeit über das Programm und die Programmabwicklung?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1899/IV)

Wie bewertet das Bezirksamt den Grad der Lärmbelastung für die Anwohnerschaft und den Grad der Verunreinigung im Bereich Köpenicker Straße zwischen Brückenstraße und Schillingbrücke? Welche Möglichkeiten der Abhilfe ggf. bestehender Probleme wie Lärmbelastung und Verunreinigung ergreift das Bezirksamt? Wie wird es ggf. unterstützend tätig? Welche Vorstellungen bezüglich der weiteren Entwicklung dieses Wohngebiets verfolgt das Bezirksamt? Gibt es hierzu bereits konkrete Planungen und/oder Konzepte?

(Große Anfrage DIE LINKE, Drs. 1903/IV)

### ► **Überwiesen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die Wohnungsbestände in der Wilhelmstraße beidseitig zwischen Unter den Linden und Leipziger Straße bau- und planungsrechtlich zu sichern. Bis zur bau- und planungsrechtlichen Sicherung der Wohnungen erlässt das Bezirksamt eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB für dieses Gebiet und stellt gemäß § 15 BauGB Baugesuche für diesen Bereich zurück.

(Antrag DIE LINKE, Drs. 1910/IV)

überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

# SYRIZA – Von der Herausforderung, linke Politik gegen EU-Institutionen und Bundesregierung durchzusetzen

**D**ass es schwer werden würde, wussten die Genossinnen und Genossen von SYRIZA. Wie die Konfrontation mit den Europäischen Institutionen und Regierungen aber konkret vonstatten geht, das konnte sich keiner so richtig ausmalen.

Jetzt sind wir mitten in der Auseinandersetzung. Und bei aller Kompliziertheit, allen Schwierigkeiten und auch Widersprüchen – siehe Koalitionspartner ANEL: es lässt sich gut an. Auch weil SYRIZA sich clever anstellt. Der Verhandlungsstil von Alexis Tsipras und Finanzminister Varoufakis ist hart und professionell.

Doch jetzt ist die Phase eingetreten, in der die Debatten und der Streit um Bewertungen und rote Linien SYRIZA erreicht hat. So hat Manolis Glezos, Legende des Widerstands und Europaabgeordneter für SYRIZA, einen Brief verfasst, in dem er die volle und unverzügliche Umsetzung des Programms Saloniki (das Regierungsprogramm von SYRIZA) anmahnt. Diese Diskussion wird auch in der Solidaritätsbewegung und in unserer Partei geführt werden. Es geht konkret um die durch Athen versendete Reformliste, die von der Eurogruppe akzeptiert worden ist. Eine Verlängerung der Finanzhilfe für erst einmal vier Monate bedarf damit nur noch der Zustimmung der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten. Für die Regierung Tsipras geht es mit diesem Kompromiss um nichts weniger als darum, die Quadratur des Kreises zu bewältigen: die eigenen Überzeugungen, die Erwartungen der Wählerschaft und der Partei, kurz das Programm



Freude in Griechenland über den Sieg von linken Alternativen zur EU-Politik

von Saloniki, mit den weiterhin neoliberal geprägten Erwartungen der Institutionen in Einklang zu bringen.

Hier gibt es konkret natürlich einiges zu beklagen, nämlich dass Privatisierungen fortgesetzt und Arbeitsmarktreformen nach EU-Vorbild durchgeführt werden müssen. Aber auf der Haben-Seite steht, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Krise – wie Krankenversicherung für alle und Unterstützung der 300.000 ärmsten Haushalte – Teil der Vereinbarung sind.

Eine Einigung konnte das Saloniki-Programm nicht vollständig abbilden, das war eigentlich jedem Beobachter klar. Und klar ist auch: eine Einigung war notwendig – die Risiken einer Staatspleite sind unkalkulierbar und eine weitere Verelendung der Bevölkerung wäre vorprogrammiert.

Wir befinden uns in einem wirklichen politischen Kampf. Auch wenn SYRIZA einige bittere Kröten hat schlucken müssen – die griechische Regierung hat mehr erreicht, als jedes andere „Krisenland“ zuvor. Wir befinden uns gerade am Anfang dieses Kampfes – die Auseinandersetzung um Austerität, Wirtschaftspolitik und die Zukunft Europas ist gerade erst eröffnet. Unsere Pflicht als Partei ist es jetzt, weniger über das Agieren der griechischen GenossInnen zu diskutieren, als vielmehr selbst die Schlagzahl zu erhöhen, in den Parlamenten und auf den Straßen: mehr Internationalismus, mehr Solidaritätsaktionen und mehr Druck auf die deutsche Regierung sind unsere Aufgaben!

**Oliver Schröder**

Fortsetzung von Seite 1: **Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Menschenrecht!**

und wirtschaftlichen geschlechterspezifischen Unterschiede anzugehen. In den vergangenen Jahren wurden häufig nur die Symptome der Ungleichstellung bekämpft. Wenn die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sich nicht intensiv mit den der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern zugrunde liegenden Mechanismen, mit den Ursachen ungleicher

Ressourcen- und Machtverteilung beschäftigen und diesbezüglich radikale Veränderungen in Angriff nehmen, wird auch in den nächsten Jahrzehnten keine völlige Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden. Sie wird weiter ein „Ritt auf der Schnecke“ bleiben, wie es die Politikwissenschaftlerin Dr. Sabine Berghahn einmal so treffend bezeichnet hat.

Bekunden wir durch unsere Teilnahme an der Demo am 8. März auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, dass wir uns nicht unterkriegen lassen und uns gegen diese Politik mit aller Macht wehren.

**Brigitte Triems,  
Vorsitzende des Demokratischen  
Frauenbundes e.V.**

# Weddinger Bürohaus wird Ateliergebäude

**A**b Spätsommer 2015 werden in dem ehemaligen Bezirksamtsgebäude Seestraße 49 (schräg gegenüber vom Kino Alhambra), in dem früher das bezirkliche Schul- und Sportamt seine Büros hatte, etwa 40 Ateliers eingerichtet.

Das Bürohaus des Bezirksamts stand bereits drei Jahre leer und wird jetzt über das Atelierprogramm des Senats in ein Künstlerhaus umgewandelt, wie Jürgen Lindner von der gemeinnützigen Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) berichtet. Bereits Ende des Jahres sollen Künstler Arbeitsräume für eine Komplettmiete von nur vier Euro pro Quadratmeter erhalten. Zurzeit bewirtschaftet die GSE berlinweit 480 Ateliers, die im Rahmen des Atelierprogramms des Senats vergeben werden.

Das Dienstgebäude des Bezirks war 2011 an den Liegenschaftsfonds (Lifo) abgegeben worden. Laut Lindner ist das Gebäude auch heute noch in gutem Zustand. Noch im März soll der Mietvertrag der GSE mit dem Liegenschaftsfonds unterzeichnet werden. Anschließend wird mit der konkreten Umbauplanung begonnen.

Im Jahr 2011 war die Schließung des Bürohauses durch den Bezirk Teil eines Konsolidierungskonzepts gewesen. Der Bezirk war gezwungen, über vier Millionen Euro Gebäudekosten jährlich zu sparen. Damals wurden fünf Bürogebäude und etwa zwei Dutzend anderweitig genutzte Bezirksimmobilien aufgegeben. Die Beschäftigten wurden durch sogenannte Verdichtung in

den Rathäusern der Karl-Marx-Allee, der Müllerstraße und der Turmstraße konzentriert.

Übrigens steht auch im aktuellen „Haushaltsrundschaubuch“ des Senats, dass am „Personalabbauprozess“ bis zum Ende der Legislaturperiode festgehalten werde. Mehr Personal soll es frühestens mit dem neuen Doppelhaushalt 2016/2017 geben. Tatsache ist jedoch, dass die Bezirke nicht einmal



Nach dreijährigem Leerstand nun kostengünstig für Künstler

genügend Fachpersonal zur Verfügung haben, um bereitgestellte finanzielle Mittel zum Beispiel für Infrastrukturmaßnahmen rechtzeitig abzurufen. Im Jahre 2014 wurden 60 Millionen Euro nicht abgerufen. Was der Personalmangel für das jüngst angekündigte 500-Millionen-Euro-Paket bedeutet, das für Investitionen aus dem Sondervermögen „Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ (SIWA) ausgegeben werden soll, kann man sich leicht ausrechnen: Weiterer Sanierungsstau bei Schulen, Straßen und Sportstätten.

Rainer Scholz



© Klaus Stuttmann

## Bei anderen gelesen

### ► *Ein aggressives Deutschland*

Leitmotiv des neuen Weißbuches der Bundeswehr: „Führen aus der Mitte“. In den bisherigen zehn Ausgaben lässt sich der Wandel der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer weltweit operierenden Interventions-Armee nachvollziehen. In dem Exemplar von 1970 stand noch: „Die Bundesregierung betrachtet den Frieden als das höchste Gut.“ 2006 heißt es: „Die Bundeswehr schreitet seit Jahren konsequent den Weg des Wandels zu einer Armee im Einsatz.“ In der Neuauflage ist die Floskel „Führen aus der Mitte“, was beruhigend klingen soll, es aber nicht ist, denn darunter versteht die Verteidigungsministerin nicht zuletzt „gemeinsam kämpfen“.

„taz“, 21./22.02.2015

### ► *Die Politik scheitert an der rechten Gesellschaft*

Die Forderung „Mit der Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein“ erhebt die OECD, die Wirtschaftsorganisation der führenden Industriestaaten. „Der Kampf gegen Ungleichheiten muss in das Zentrum der politischen Debatte rücken, denn Ungleichheit ist ökonomisch schädlich, weil sie die Konsumnachfrage dämpft und die Chancen der Unterprivilegierten hemmt.“ Eine verstörende Tatsache ist: Die Bürger sind in ihrer Mehrheit für mehr soziale Gerechtigkeit, weigern sich bei Wahlen aber, jene zu stärken, die konkrete Maßnahmen vorschlagen, die die Ungleichheit korrigieren können.

„Der Freitag“, 22.02.2015

### ► *Träumen und kämpfen*

Fidel Castro zeigte sich schon vor 23 Jahren sicher, dass die damalige reaktionäre Welle nicht das Ende sein würde. Er behielt Recht. 1992 sagte er: „Der Mensch darf niemals auf seine Träume und Utopien verzichten. Für eine Utopie zu kämpfen, bedeutet, zum Teil, sie aufzubauen.“ Er zeigte sich überzeugt, dass nach der reaktionären Welle eine neue fortschrittliche Welle folgen würde. Das ist unvermeidlich. In einem Gespräch unterstrich er: „Wie ein Revolutionär niemals aufhört zu träumen, kann er auch niemals aufhören, zu kämpfen.“

„Junge Welt“, 22.02.2015

## Kurznachrichten

### ► 2014 wärmstes Jahr seit Beginn der Messungen 1888

Hohe Temperaturen 2014 bestätigen den langfristigen Trend zur Erderwärmung, teilte die UN-Organisation Weltwetterorganisation WMO Anfang Februar in Genf mit. Weltweiter Durchschnitt betrug 14,57 °C, das sind 0,02 °C mehr als im bisherigen Rekordjahr 2010. 14 der 15 heißesten Jahre fanden in diesem Jahrhundert statt!

### ► Erstmals in Brandenburg: Paprika in Gewächshäusern

Werdersche Obst- und Gemüsebauern nehmen Paprika ins Programm. Das geschieht in Bralitz bei Bad Freienwalde (Märkisch-Oderland) in Gewächshäusern auf fünf Hektar Fläche. Laut Zentralverband Gartenbau kommen gegenwärtig nur zwei Prozent der bundesweit verkauften Paprika aus einheimischer Produktion. Das ist eine gute Nachricht: Paprika künftig frisch auf den Berliner Tisch – Früchte direkt aus der Nachbarschaft. Die ersten sollen ab Juni auf den Markt kommen.

### ► Beim Geld hört nicht nur die Gemütlichkeit auf . . .

. . . sondern für manchen auch die Zugehörigkeit zur Kirche. Den evangelischen Gemeinden in Berlin-Brandenburg laufen immer mehr Mitglieder weg. 2014 gab es 14.867 Austritte. In den beiden Jahren davor waren es jeweils etwa 10.000 Frauen und Männer. Als eine der Ursachen wird "erhebliche Unsicherheit" über das Verfahren benannt, das nun auch die Einziehung der Kirchensteuer von Kapitalerträgen bestimmt.

### ► Kindereinrichtungen erhielten Zuwachs

Bundesweit waren 2014 (Stichtag 1. März) 661.000 Mädchen und Jungen unter drei Jahren in Kindereinrichtungen oder von Tagesmüttern betreut - 32,3 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe. Dabei zeigen sich noch deutliche Unterschiede zwischen West und Ost, aber auf beiden Seiten stiegen die Zahlen gegenüber 2013. In der Alt-BRD auf 27,4 Prozent (+ 3,2), im ehemaligen Gebiet der DDR auf 52 Prozent (+ 2,2)

## Menschen in Mitte

Historikerin Dr. Sonja Striegnitz

# Verantwortung bei der Verteidigung der Wahrheit

**H**istoriker mit Sachverstand und Leidenschaft müssen sich damit auseinandersetzen, dass Tatsachen und Zusammenhänge der Geschichte verschwiegen oder gar verfälscht werden.

Dass Politiker und journalistische Medien im 70. Jahr der Befreiung vom Hitlerfaschismus die Rolle der Sowjetarmee herabwürdigten, Russland verunglimpfen, ist für die Historikerin Dr. Sonja Striegnitz unerträglich, nicht hinnehmbar.

Die 78-jährige gebürtige Berlinerin erlebte 1945 den siegreichen Vormarsch der sowjetischen Soldaten in Rauen bei Fürstenwalde. Dort erlernte sie als Tochter des ersten Nachkriegsbürgermeisters die ersten russischen Wörter. „Eigentlich wollte ich immer Russisch studieren“, erklärt sie. „Daraus wurde schließlich das Zweifachstudium Geschichte-Slawistik an der Humboldt-Universität.“ Gleich anschließend ging sie für anderthalb Jahre nach Leningrad, wo sie an ihrer Dissertation A über die Teilnahme deutscher Internationalisten an der Oktoberrevolution arbeitete. „Zu den 150 damals in der DDR lebenden deutschen Rotarmisten, die ich noch befragen konnte, gehörte zum Beispiel der legendäre Budjonny-Reiterarmist Paul Krüger.“ Ein Studienaufenthalt an der Moskauer Lomonossow-Universität diente Recherchen für die Dissertation B zur Geschichte des Parteiensystems in Russland bis 1907. „Bis zu meiner Rente 1996 habe ich als Assistentin, Oberassistentin und außerordentliche Dozentin an der Humboldt-Universität Geschichtsstudenten Fakten und Zusammenhänge der Geschichte Russlands und der UdSSR vermittelt, war Autorin, Mitautorin, Übersetzerin und Herausgeberin von Büchern und Dokumentationen zur Russischen Revolution, von Dekreten der Sowjetmacht sowie auch über die Wolgadeutschen“, zieht sie Bilanz.

### Berliner Freunde der Völker Russlands in der Friedrichstraße

„Historiker, zumal linke, haben Verantwortung bei der Verteidigung der Wahrheit“, betont Sonja Striegnitz. „Wir müssen uns heutigen antirussischen Bestrebungen mit unseren Mitteln und Möglichkeiten entgegenstellen, Versuchen, die Befreiung vor 70 Jahren zu diskreditieren und in das Verhältnis zwischen



Dr. Sonja Striegnitz

den Völkern Russlands und Deutschlands neuerlich Zwietracht zu tragen.“ Und sie tut aktiv etwas dafür, ist Mitglied des Vereins Berliner Freunde der Völker Russlands e.V. Rund 150 Hauptstädter, darunter weitere Historiker und andere Wissenschaftler, laden regelmäßig in das Russische Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße zu Vorträgen und Aussprachen ein, so mit Markus Wolf, Valentin Falin und Egon Bahr. Sie unternehmen Exkursionen auf den Wegen der Roten Armee nach Berlin, besuchen sowjetische Gedenkstätten. „Mit unserer Stimme konnten wir dazu beitragen, dass der erste sowjetische Nachkriegskommandant Generaloberst Nikolai E. Bersarin, dessen Namen der Senat 1992 aus der Liste der Ehrenbürger Berlins gestrichen hatte, wieder die ihm gebührende Ehre zurück bekam.“

Der Verein nimmt in einer Erklärung den 70. Jahrestag der Befreiung zum Anlass zur Erinnerung, Mahnung, sowie zur Besinnung auf Erfahrungen und Lehren des Zweiten Weltkrieges. „Die dringlichste aller Lehren ist die Bewahrung von Frieden und Menschlichkeit“, heißt es darin. Dr. Sonja Striegnitz sieht darin eine ihrer Lebensaufgaben.

Matthias Herold

# Von der Ungleichzeitigkeit des Seins

**Es gibt ein Nach- und ein Nebeneinander in der Vielfalt. Für jede Generation ist dennoch unfruchtlich, wer zu ihr gehört und wer nicht, die kulturellen Identitäten schließen ein und aus. Selbst Sprache ist verräterisch. Etwa so, wie Lücken zwischen den Häusern, von denen klar ist, dass dort alsbald gebaut wird.**

Am späten Morgen fahren junge Männer und Frauen mit der U-Bahn zur Arbeit in die Friedrichstraße und ich zum Arzt. Im Kaffeehaus sitzen anschließend andere als diese jungen Arbeitnehmer, die ausgeschlafener wirken als ihre studentischen Altersgenossen. Weit entspannter geben sich die Vertreter der Start-up-Generation, die bei mir um die Ecke in den Tag steigen. In der südlichen Friedrichstraße hält sich die mürrische Verschlafenheit bis in den Nachmittag. Dieser soziale Brennpunkt befindet sich Minuten vom geschäftigen Hype der Großstadt entfernt. Überall ticken die Zeituhren anders.

Meine neuen Nachbarn kommen aus London. Sie gehen ständig ins Kino. Das, sagen sie, hätten sie sich da nicht leisten können.

Wird eine Gegend gentrifiziert, werden als erstes die Häuser den Neubewohnern angepasst. Das soziale Umfeld stagniert. In der nördlicheren Friedrichstraße gibt es einige Cafés. Die bejahrtere Klientel steuert vormittags das altmodische „Leysieffer“ an, in alten Westberliner Zeiten der Hype vom Kudamm. Es ist die Ungleichzeitigkeit von biologischem Abbau und chronologischem Alter, die hier ins Auge sticht. Gepflegte Damen, Ton in Ton das elegante Outfit, sie bestellen sich Frühstück und lesen die dicke bürgerliche Tageszeitung mit Sorgfalt. Am „Lafayette“ ist die Friedrichstraße der Laufsteg einer anderen Alters- und Vermögensklasse als anderswo. Ich hatte das beinahe vergessen.

In meiner Gegend studieren sie beim Frühstückskaffee Ipad und Laptop. Diese künftigen Altvorderen werden anders altern. Handy am Ohr, den Blick zum Himmel, so stolpern sie gelegentlich über kleine Leute wie mich und lächeln entschuldigend.

Die Gewohnheiten ändern sich. Man sollte daher aufpassen, dass einem das Leben nicht fremd wird. Dieses neue Andere ist auch



Gewaltige Vielfalt an und zwischen den Häusern

schön, nur eben anders. Wer aus dem Gestern kommt braucht Zeit, um das zu bemerken.

**Irene Runge**

## Moabiter Milieu

**Berlin wächst, Mitte wird sich bis 2020 auf eine Zuwanderung von ungefähr 30.000 Menschen einstellen müssen.**

Die Hinzugezogenen werden ca. 20.000 Wohnungen benötigen. In Mitte treffen Ost und West, Berliner und Zugezogene, Arm und Reich, Kunst und Politik nicht immer reibungsfrei aufeinander.

Auch Moabit ist nicht homogen, es gibt Ecken, wo, wie man früher zu sagen pflegte, die Miete mit dem Revolver kassiert wird. Während am Spreeufer, im Westfälischen Viertel und teilweise um den U-Bahnhof Birkenstraße herum ein Café nach dem anderen öffnet, schießen Automatencasinos, Wettbüros und Handyshops in der Beusselstraße wie Pilze aus dem Boden.

Bürgerbeteiligung, vernünftige Planung und Stadtentwicklung mit Augenmaß? Die Möglichkeiten sind nicht umwerfend, aber vorhanden. So gibt es das Sanierungsgebiet Turmstraße, Quartiersmanagement und die Stadtteilvertretung (StV) Turmstraße (<http://stv-turmstrasse.de>). Diese hält im Mai Wahlen ab. Die StV hat Mitwirkungs- und Informationsrechte in der Bezirksverordnetenversammlung

und kann (Denk-)Anstöße geben für die Kommunalpolitik. Damit diese Stupser künftig ein wenig energischer ausfallen, sollten sich Menschen mit Interesse für ihren Kiez zur Wahl stellen und an der Wahl teilnehmen. So könnte man anregen, die recht allgemein gehaltenen „Sanierungsziele“ sozialer auszurichten, um der Gentrifizierung ein paar weitere Steine in den Weg zu legen.

Ende 2015 wird wahrscheinlich ein sogenanntes „Milieuschutzgebiet“ in Moabit eingerichtet. Ein „Grobscreening“, d.h. die Verarbeitung von vorhandenen Daten, hat zur vorläufigen Benennung eines Verdachtsgebietes in Moabit geführt. Es erstreckt sich von der Beusselstraße mit einigen Auslassungen bis zum Ende der Perleberger Straße. Erfahrungsgemäß wird das „Milieuschutzgebiet“ kleiner



Sanierungsziel Verdrängung der angestammten Bevölkerung in den Kiezen?

als das Verdachtsgebiet ausfallen. Die „soziale Erhaltungssatzung“ (Milieuschutz) wird z.Zt. von vier Bezirken in 22 Gebieten angewandt, weitere sollen folgen. Sie will mit den Mitteln des Baurechts soziale Verwerfungen dämpfen und die Verdrängung der angestammten Bevölkerung verhindern. Natürlich dürfen wir von dieser Verordnung keine Wunder erwarten. Zusätzlich soll ab Anfang März die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in „Milieuschutzgebieten“ genehmigungspflichtig sein.

**László Hubert**

# Einmal Unfähigkeit – große Wirkung

**D**ie Arbeit des Berliner Senates besteht im Grunde nur noch aus faulen Kompromissen: „Wenn der eine was umsetzt, müssen wir aber auch und wenn wir nichts kriegen, kriegt der andere auch nichts!“

Diese Haltung treibt dann solche Blüten: Im Gegenzug dafür, dass die SPD etwas mehr im Gesetz zum Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erhielt, wollte die CDU ihr Familienprofil schärfen, also beschloss man, dass ab sofort, ohne Übergangszeit, die Eltern entscheiden können, ob das Kind mit 5 oder 6 Jahren eingeschult wird. Während es an sich gut ist, dass die Eltern so etwas zu entscheiden haben, führt doch die Plötzlichkeit dieser Entscheidung zu ernsthaften Konsequenzen, die anscheinend niemand im Senat bedacht hat: Ungefähr 6000 Kinder werden ein Jahr länger in den Kitas bleiben. 6000 Kitaplätze, die anderen Eltern fehlen. Die findet man nicht mal so innerhalb eines Monats im jetzt schon überlasteten Kitasystem.

Schon jetzt fehlt es an Kitas. Allein in Treptow-Köpenick fehlen über 1000 Plätze. Es gibt auch keine Erzieher. Im Bezirk Mitte fehlen bereits für die vorhandenen Kinder 18 ErzieherInnen und steht damit unter den Berliner Bezirken noch am besten da.

Die meisten Kitas haben schon angekündigt, dieses Jahr im besten Fall nur noch Geschwisterkinder aufzunehmen. Viele Eltern werden dieses Jahr bei der sowieso schon schweren Suche nach einem Kindergartenplatz verzweifeln. Studenten können ihr Studium nicht fortsetzen, Arbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Das Elterngeld läuft maximal 14 Monate, danach müssen Eltern wieder arbeiten um Geld zu verdienen oder weiterstudieren, damit sie Bafög erhalten können. Doch das ist nicht möglich, weil es keine Betreuung für die Kleinen gibt. Es trifft vor allem die, die darauf angewiesen sind, dass beide Eltern arbeiten oder wo es nur ein Elternteil gibt, trifft es die, die sich per Studium oder Ausbildung eine Zukunft aufbauen wollen. Hier werden



durch ein stümperhaftes Vorgehen des Senates Biografien zerstört.

Dabei gibt es viele einfache Möglichkeiten, diese Reform folgenlos zu gestalten. Allein schon, es erst nächstes Jahr einzuführen und in der Zeit die BetreuerInnen und die Grundstücke für die Kitas zu finden, würde das Schlimmste verhindern. Aber das wäre für diesen Senat schon zu weit gedacht.

**Carola Bluhm**

# Die wollen nur spielen

**S**eit Wochen trommelt der Senat für die Spiele. Die Argumente für eine Olympiabewerbung sind jedoch äußerst dünn. Deshalb setzt er auf die Kraft des Gefühls.

„Weil Berlin jede Hürde nehmen kann“ ist einer der Gründe, warum die zögerlichen Berliner jetzt ganz schnell die Spiele wollen sollen. Dabei spüren die Hauptstädter sehr wohl, dass die ständig klamme Stadt hier wohl die falschen Akzente setzt. Es fehlen zunehmend bezahlbare Wohnungen, es fehlt an Mitarbeitern in den Bezirksämtern, in den Schulen bröckelt der Putz, und in Kitas wird der Betreuungsschlüssel von 1:9 für Kinder zwischen drei und sechs Jahren nur mit größten statistischen Verrenkungen erreicht. Auch im Breitensport wird gespart: Der Sanierungsbedarf der Berliner Sportstätten und Bäder beläuft sich mittlerweile auf rund 380 Millionen Euro – für 2014 flossen jedoch nur neun Millionen; Sanierungsprojekte werden wieder und wieder verschoben.

Für Olympia soll Berlin dagegen zwei Milliarden locker machen, denn das könnte sich ja rechnen, so der Senat. Er beschwört, dass Olympia 2024 in der Summe doch ein Ge-

winnengeschäft ist – nicht nur für Private und das IOC, sondern auch für die Allgemeinheit. Doch die olympischen Spiele in London 2012 zeigten, wie aus ursprünglich 2,4 Milliarden Pfund schnell über 13 werden können. Der Host-City-Vertrag – über den die Ausrichterstadt zu entscheiden hat, ohne die Inhalte zu kennen, schränkt das kommunale Baurecht massiv ein, auch das Demonstrationsrecht wird durch ihn während der Spiele faktisch ausgehebelt. Nun soll eine telefonische Befragung dem Senat aus der Erklärungsnot helfen. Wenn genügend Berlinerinnen und Berliner (mindestens 50%) für Olympia 2024 zu haben sind, könnte die Hauptstadt im Rennen um den nationalen Bewerber Hamburg auf Platz 2 verdrängen.

Deshalb wird nun noch mal agitiert, was das Zeug hält: „Liebe geht durch den Magen“, dachte sich Senator Heilmann und



Milliarden für Olympia oder für marode Turnhallen, Bäder, Schulen und Kitas?

verteilte kürzlich eigenhändig 300 Pfannkuchen mit eingearbeitetem Olympia-Logo an hungrige Touristen. Die Kreuzberger wollten lieber nicht. Diese Aktion wurde von mehr als 40 Polizisten bewacht. Das Verhältnis von Sicherheitskräften zu Gebäckstücken betrug also etwa 1:7,5. Sportlich, sportlich, einen solchen Betreuungsschlüssel müssen die Berliner Kitas erst einmal erreichen.

**André Ullmann**

## Das ist das Letzte

Der liebe Gott muss gewusst haben, warum er uns zwei Ohren für das Erdendasein anschraubte: Für die Aufnahme der zweierlei Nachrichten, die auf uns einregnen! Die Obrigkeit sieht die Welt eben stets ganz anders als die Unterschichten.

Während die Nachrichten von der Börse derzeit trompeten: „Der deutsche Konjunkturmotor brummt. Die Aktien der 30 größten Industrieunternehmen haben erstmals die Traumgrenze von elftausend Punkten übersprungen!“ – da meldet der Paritätische Wohlfahrtsverband: „Die Armut stieg voriges Jahr auf 15,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Demnach sind 12,5 Millionen Mitbürger gezwungen, mit weniger als 60% vom Durchschnittseinkommen zu leben.“

### Das ist ein neuer Rekord!

Das Problem bei den zweierlei Rekord-Nachrichten ist, dass sie in dem einen Kopf landen. Da stoßen sie hart aufeinander und lassen uns grübeln: Wenn die Wirtschaft immer höhere Gewinne einfährt und das Volk immer weniger davon abbekommt, dann kann das nicht am fehlenden Geld liegen, nur an der ungerechten Verteilung!

Aber nicht doch! Von den 16 Bundesländern haben sich ja nur 13 verschlechtert. Es gibt ja auch Konzerne wie Karstadt, Opel oder Thyssen, die in der Tinte sitzen. Und bei den Ländern sind es eben Berlin, Meck-Pom und Bremen, wo jeder vierte Bürger als arm gilt. Die kaufen sich dann keinen Opel und reißen so den legendären Konzern auch noch zu Boden. Das ist eben das Pech in der sozialen Marktwirtschaft.

Fazit: Den einen die Brezeln – den anderen die Löcher in den Brezeln, so lässt sich die Plusmacherei enträtseln!

**Arthur Paul**

#### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**  
der Partei DIE LINKE

#### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

#### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

#### Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 25.02.2015

**Ausgabetag für Nr. 04/2015 – 02.04.2015**

# Uns gehört die Stadt!

**Bitte mithelfen: Einwendungen gegen Luxusbebauung am Mauerpark**

**S**eit dem 16.2. liegt im Bezirksamt Mitte der Bebauungsplan 1-64a VE aus. Bis zum 16.3. kann Jede/r Einwendungen gegen dieses klimaschädliche und unsoziale Bauprojekt schreiben.

Bezirksstadtrat Spallek will gemeinsam mit dem Senat auf einer Fläche, die bislang als Teil des Mauergrünzuges geplant war, Baurecht für den stadtbekanntem Bauinvestor Klaus Groth schaffen. Eine Grün- und Freiflächenplanung soll für die Geschäftsinteressen der Groth-Gruppe mit 708 Luxuswohnungen zubetoniert werden.

„Lebensqualität für Berlin“ – mit diesem Slogan wirbt der Bauinvestor Groth für sein Projekt am Mauerpark. Tatsächlich ist der Deal mit dem Mauerpark jedoch ein Musterbeispiel dafür, wie die Interessen von Privatinvestoren unsere Lebensqualität nachhaltig zerstören.

Angeblich soll dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden. Tatsächlich kann nur dort kostengünstig gebaut werden wo Bauland bereits erschlossen ist. Laut Senat liegen 2700 Hektar ausgewiesene Bauflächen für Wohnen und Gewerbe in Berlin brach. Auf der Fläche am Mauerpark müssten noch Straßen, Kanalisation und Zufahrt gebaut werden. Kosten: Über drei Millionen Euro.

Angeblich soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Tatsächlich werden 4/5 der geplanten Wohnungen Mietpreise von 13 Euro pro qm kalt haben. Eigentumswohnungen liegen bei 3500 Euro pro qm. Und die angekündigten 120 Sozialwohnungen mit einer Anfangsmiete von 6,50 Euro pro qm sind für die BewohnerInnen des angrenzenden Brunnenviertels mit 42 Prozent Hartz-IV-Bezug viel zu hoch. Wenn es tatsächlich um die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum ginge: Wieso werden dann im Brunnenviertel bereits bestehende 1250 Sozialmieten mit Mietpreisbindung von 5,50 Euro ab 2014 nicht weiter gefördert?

Tatsächlich würde am Mauerpark ein neues Luxusviertel entstehen, das den Mietspiegel hochtreibt und alteingesessene Bewohner aus ihrem Lebensumfeld verdrängt.

Helfen Sie mit, den Mauerpark als dringend benötigten Erholungsraum zu erhalten. Protestieren Sie gegen Verdrängung, gegen massiv steigende Mieten und Bodenspekulation! Formulieren Sie bis zum 16.3. Ihre Argumente gegen den Bebauungsplan 1-64a VE!

**Regina Sternal**

**Alle Einwendungen** mit Angabe des Bauplanes 1-64a VE und Namen und Adresse des Absenders.

**B-Planauslegung online** (bis 16.3.)

<http://tinyurl.com/omp33kl>

Dort unter Aktuelle Beteiligungsverfahren den B-Plan 1-64a VE aufsuchen.



„Lebensqualität für Berlin“: Volkspark oder Luxuswohnungen?

**Einwendungen per Post / Abgabe an:**  
Bürgerverein Gleimviertel e.V.  
Kopenhagenerstraße 50, 10437 Berlin

**Einwendungen per Mail an:**  
einwendungen-2015@web.de

**mehr Argumente** unter:  
[www.mauerpark-allianz.de/argumente/](http://www.mauerpark-allianz.de/argumente/)

### Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 92. Edith Barow-Bernstorff
- zum 90. Hein Grote, Gertraud Rädler
- zum 88. Vera Singer
- zum 87. Victor Grossmann,  
Helmut Hauptmann
- zum 86. Günter Böhle, Harald Kehr,  
Dieter Langhoff, Ingeborg  
Langner,  
Ilse Pargmann
- zum 85. Eleonore Baumann,  
Anneliese Kolin
- zum 84. Rolf Gapp, Karl-Heinz Neubauer
- zum 83. Georg-Dietrich Breden,  
Gisela Meier
- zum 82. Edith Angermüller, Werner  
Krecek
- zum 81. Rolf Krug, Brigitte Lupp, Vera  
Reuß, Fritz Wengler
- zum 80. Renate Holland-Moritz,  
Ingrid Renner
- zum 75. Dieter Franz, Birgit Gysi
- zum 70. Christina Glaubitz